

Lächelnd zur nationalistischen Schubumkehr?

Die Gefahr der Renationalisierung war noch nie so groß in der Europäischen Union wie in diesen Tagen.

Vielen ist nicht klar, was das für weitreichende Konsequenzen haben würde.

Markus Pausch

Rund um das Brexit-Referendum steigt die Sorge einer Renationalisierung der EU, denn nicht nur viele Briten sind skeptisch ob ihrer Mitgliedschaft. Auch in anderen Ländern befinden sich europakritische Parteien auf dem Vormarsch. Die Wahrscheinlichkeit einer raschen Renationalisierung ist zwar gering, aber ausgeschlossen ist sie nicht: Mit Marine Le Pen als französische Präsidentin, einer Drück ausübenden AfD in Deutschland, den nationalkonservativ regierten Staaten Ungarn und Polen sowie diversen Rechtspopulisten in Regierungen weiterer Länder könnte bis 2020 eine nationalistische Schubumkehr Europas neue Realität werden.

Mit der Vetokeyle

Dabei sind drei Wege denkbar: eine Vertragsreform, Austritte von einzelnen oder mehreren Mitgliedstaaten oder eine Politik des leeren Stuhls, also die faktische Ignoranz aller europäischen Verpflichtungen. Die Rechtspopulisten, die sich neuerdings die von Charles de Gaulle erfundene Floskel eines Europas der Vaterländer zu eigen machen, bleiben sehr vage, wenn es um die Konkretisierung ihres Lieblings szenarios geht. Eines scheint aber festzustellen: Die nationalstaatliche Souveränität mit Vetomöglichkeit soll wieder in allen Politikbereichen Standard werden. Das allerdings käme einer Auflösung der derzeitigen EU gleich. Das renationalisierte Europa wäre somit nur intergouvernemental denkbar. Jede Entscheidung könnte von einzelnen Staaten durch Veto blockiert werden.

Für viele birgt das schnelle Wort von der Renationalisierung eine

diffuse Gefahr. Und tatsächlich: Nimmt man die Ansagen ernst und denkt man sie konsequent weiter, so ergibt sich für europafreundliche Akteure das Bild eines nationalen Himmelfahrtskommandos. Für manch andere hingegen klingen die Konsequenzen verheißungsvoll.

Eine umfassende Renationalisierung bedeutet jedenfalls das Ende der Unionsbürgerschaft und somit unter anderem das Aus für das Recht auf Niederlassung, Aufenthalt, wirtschaftliche Betätigung, Gleichbehandlung oder Nichtdiskriminierung im EU-Ausland. Die EU-Kommission und das Europäische Parlament wären in der derzeitigen Form abgeschafft, ihre Kompetenzen nichtig. Bestenfalls

gäbe es eine Parlamentarische Versammlung, die aus Abgeordneten der nationalen Parlamente bestünde.

Eine Rückkehr zum Nationalstaat würde aber nicht nur die europäischen Institutionen infrage stellen, sondern auch die nationalstaatlichen Grenzen des derzeitigen Europa. Unabhängigkeitsbestrebungen und verstärkte Grenz- und Souveränitätsdebatten wären in Belgien und Spanien zu erwarten, aber auch zwischen den Teilen des Vereinigten Königreichs. Bei einer Renationalisierung und einer Regierungsbeteiligung von Rechtspopulisten in Österreich wäre zudem das Verhältnis zu Italien in Bezug auf Südtirol gefährdet.



Markus Pausch: Kein Wachstum, nicht konkurrenzfähig.

Foto: Pausch



Unlängst beim „Patriotischen Frühling“ in Wien: Marine Le Pen und H.-C. Strache gaben sich zuversichtlich, aus der Europäischen Union endlich ein Europa der Vaterländer machen zu können. Paradoxerweise würde aber gerade das die aktuellen Nationalstaaten gefährden.

Foto: Reuters

Paradoxerweise verspricht also eine Renationalisierung der Europäischen Union nicht unbedingt eine Stärkung der Nationalstaaten, sondern eher deren Infragestellung. Zugespielt formuliert: Wer den europäischen Nationalstaat in seinen heutigen Grenzen erhalten will, muss gegen eine Renationalisierung der EU eintreten.

Schwere Verluste

Schwerwiegend wären zweifellos die wirtschaftlichen Folgen einer Auflösung der EU. Zwar könnten manche Branchen von einer Abschottung und geringerer Konkurrenz profitieren, allerdings wohl in nur geringem Ausmaß. In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wird hingegen der Wachstumsverlust durch Wartezeiten an den Grenzen für die gesamte EU bis 2025 auf bis zu 470 Milliarden Euro geschätzt, die

Einbußen im BIP auf bis zu 1,4 Billionen. Erschwerte Reisebedingungen würden den Tourismus belasten. Europa wäre als globaler Spieler gegen China oder die USA chancenlos und könnte die eigenen, derzeit geltenden Standards in einer weiterhin globalisierten Weltwirtschaft kaum halten.

Ein völliger Zerfall des Euro-raums hätte laut dem Wiener Institut für Höhere Studien gar eine Verdoppelung der Arbeitslosenquote und kostspielige Bankenrettungen zur Folge. Die einzelnen Staaten stünden im Falle einer Renationalisierung überdies in einem noch härteren Steuerwettbewerb, in dem jene mit gut ausgebauten Sozialsystemen und Arbeitnehmer-Rechten wie Österreich gegenüber anderen benachteiligt wären.

Geringe Investitionen

Eine Renationalisierung der EU würde bei restriktiver Zuwanderungspolitik auch negative demografische Folgen und damit Schwierigkeiten in der Finanzierung der jeweiligen Sozialsysteme nach sich ziehen, insbesondere solcher, die auf Besteuerung von Erwerbsarbeit gründen. Innovations- und Investitionsfreudigkeit sind in alternden und abgeschotteten Gesellschaften generell eher gering.

Hohes Risiko

Die meist diffusen Forderungen nach einer Renationalisierung sind also in verschiedenen Bereichen mit einem hohen Risiko verbunden. Dennoch macht es wenig Sinn, sie als illegitim abzutun und aus dem politischen Diskurs auszuschließen. Das wäre nicht nur demokratiepolitisch bedenklich, sondern auch kontraproduktiv. Vielmehr sollten die wahrscheinlichen Folgen einer konsequent zu Ende gedachten Renationalisierung dargelegt und deren Protagonisten damit auch konfrontiert werden.

MARKUS PAUSCH ist Politologe und Professor an der Fachhochschule Salzburg. Er forscht, lehrt und publiziert unter anderem zu Demokratiefragen, Europäisierung und Migration. Eine detaillierte Fassung dieses Kommentars ist als Policy-Brief der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) erschienen.

Rechte Gefühle

Statt ubiquitärer Erregung muss wieder eine rationale Basis den Diskurs tragen

Dominik Barta

Mit der Bundespräsidentenwahl hat sich nun auch über Österreich ein Erregungszustand ausgebreitet, der zuerst Formulierungen scharf werden ließ, um sich nun, wie unlängst in Wien, in handfesten Straßenschlachten zu verdichten. Mit in den Hosensäcken geballter Faust werden in den internetären Netzwerken so lange die Säbel gerasselt, bis ein österreichischer Außenminister tatsächlich von Internierungslagern für Flüchtlinge spricht und die Wiener Polizei Demonstrierenden mit Pfeffersprays begegnet.

Strahlender Gewinner

Der strahlende Gewinner dieser Ausgangslage ist das rechtspopulistische Lager, dem naturgemäß daran gelegen sein muss, die politische Debatte zu emotionalisieren, um sie so von argumentativen Redestrategien freizuhalten. Daraus folgt für uns Gegner rechtspopulistischer Gesinnung, dass zunächst alles getan werden muss, dieser ubiquitären Emotionalisierung zu entgehen und den

politischen Diskurs wieder auf eine rationale Basis zurückzuführen.

Solange verbaler Gewalt mit gleicher Gewalt aus der Gegenrichtung begegnet wird, vergrößert sich die Einflussphäre populistischer Politikanschauung. Antwortet der Poster oder die Posterin auf eine verbal untergriffene Attacke mit einer noch untergriffeneren, freut sich das illiberale Lager. Wenn das Wording sowohl eines Außenministers als auch eines antifaschistischen Austromarxisten immer stärker die emotional-kraftstrotzende Pointe sucht, anstatt vermittelnd einzugreifen, reiben sich Herbert Kickel und Konsorten die Hände.

Wenn wir uns die rechten Erregungszustände aufzwingen lassen, indem wir nun selbst möglichst aufgereizt die politische Arena betreten, dann schlägt der diskursiv organisierten Demokratie bald ihr letztes Stündchen. Diese aufgeheizte Atmosphäre ist umso mehr zu bedauern, als es gerade das rational-argumentative Feld ist, auf dem liberale und linke Gesellschaftsmodelle ihre größten Triumphe ausspielen und

rechtspopulistische Gesinnungen im Handumdrehen entzaubert werden könnten.

Bis zum heutigen Tag gibt es keine einzige ernst zu nehmende, intellektuell befriedigende „rechte“ Gesellschaftstheorie, Ökonomie, Geschichtswissenschaft oder Philologie. Im Namen der Nation Politik oder Wirtschaft zu betreiben ist zweifellos populär, doch intellektuell und pragmatisch völlig haltlos, weshalb es unser vor-eigenstes Anliegen sein muss, die Debatte immer wieder auf ein rationales Feld zu zerren, um so das argumentative Nichts rechtspopulistischer Theorie bloßzustellen.

Zum Schwingen bringen

Im Interesse rechtspopulistischer Parteien liegt es, Gefühle zum Schwingen zu bringen und dieses sentimentale Schwingen für Politik auszugeben. Im Interesse aller übrigen politischen Lager ist es, Politik als das genaue Gegenteil dieses gefühlsbetonten Schwingens zu definieren.

Darüber hinaus gilt es dem schmierigen Facebook-Winkel zu misstrauen, in dem sich Scheingefechte gegen eigene Art etablieren

ten, welche das politisch essenzielle Unbehagen verpuffen lassen und kathartisch reinigen, ohne tatsächlich Veränderung zu bewirken. Die größten Probleme unserer Zeit – die Jugendarbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas, die klimatischen Veränderungen in weiten Zonen rund um Europa, die zunehmende Reideologisierung im Namen der Nation oder irgendeines Gottes –, all diese Probleme werden wir nicht lösen, indem wir einen „Like“-Botton drücken, sondern nur durch zähe Informierung, echte öffentliche Auseinandersetzung und vor allen Dingen: indem wir einen kühlen Kopf bewahren.

Und noch eine Sache muss uns unmissverständlich klar sein: Wenn wir den vernünftigen, argumentativen Diskurs deshalb meiden, weil wir Millionen von Menschen eigentlich für unfähig halten, unsere strahlenden Wahrheiten wirklich zu verstehen, dann beginnt das Demokratiedefizit mitten in unserem eigenen Kopf.

DOMINIK BARTA ist OEAD-Lektor an der Universität Warschau und hat Germanistik